

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

33. Sitzung (öffentlicher Teil)
am Donnerstag, dem 15. Mai 1997, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Claus Hopp (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Weitere Anwesende

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Veräußerung des Wohnungsbestandes des Preussag-Konzerns in
Kiel-Gaarden und der seinerzeitige Verkauf von Landes-anteilen
am Grundkapital der HDW an die Preussag AG**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Veräußerung des Wohnungsbestandes des Preussag-Konzerns in Kiel-Gaarden und der seinerzeitige Verkauf von Landesanteilen am Grundkapital der HDW an die Preussag AG

Der Vorsitzende erklärt, er beabsichtige, das Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, und erinnert daran, daß allein schon für die Diskussion darüber die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden müsse. Abg. Stritzl hält dagegen, er sehe überhaupt keinen Anlaß, das Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, da datenschutzrechtliche Gesichtspunkte nicht erkennbar seien und im übrigen die Ministerpräsidentin zu den Vorgängen bereits öffentlich Stellung genommen habe.

Abg. Stritzl merkt weiter an, daß der Ministerpräsidentin seinerzeit als zuständige Finanzministerin die entsprechenden Verhandlungen geführt habe und als Ostuferabgeordnete über die größte Ortsnähe und Sachkenntnis verfüge. Er halte deshalb die Teilnahme von Ministerpräsidentin Simonis für erforderlich und beantrage, sie vor den Ausschuß zu zitieren. - Der Vorsitzende verliest die einschlägigen Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung.

Abg. Kubicki erklärt, bei dem in der Einladung zu der heutigen Sitzung aufgeführten Tagesordnungspunkt gehe es ausschließlich um Informationen, und deshalb vermöge er nicht zu erkennen, warum die CDU-Fraktion von dem Zitierungsrecht Gebrauch mache. Wenn sich die Landesregierung auf die ihr nach Verfassung und Geschäftsordnung zustehende Rechtslage berufe, erhalte der Ausschuß in der heutigen Sitzung keinerlei Informationen, müsse vielmehr in einer Woche erneut zusammentreten. Sinnvoll wäre es deshalb gewesen, wenn die CDU-Fraktion ihren Wunsch, die Ministerpräsidentin zu hören, zusammen mit dem Verlangen, über die in der Tagesordnung aufgeführte Problematik informiert zu werden, dem Vorsitzenden übermittelt hätte. Abg. Kähler schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Vorsitzende verweist auf das Schreiben der CDU-Fraktion vom 9. Mai 1997, Umdruck 14/744, und betont, daß darin das Zitierrecht weder erwähnt werde noch sich zwangsläufig aus

dem Sachverhalt ergebe. Die Landesregierung sei in der heutigen Sitzung durch zwei Staatssekretäre - St Gärtner und St Dr. Lohmann - jedenfalls vertreten.

Nach den Worten des Abg. Sager liegt es auf der Hand, daß die Ministerpräsidentin als seinerzeit handelnde Finanzministerin nach all dem, was bisher bekannt geworden sei, in der heutigen Sitzung Auskunft gebe. Für ihn sei nicht ersichtlich, warum die Ministerpräsidentin nicht kommen wolle. Er sei davon ausgegangen, daß sie in der heutigen Sitzung die Dinge aus ihrer Sicht schildern werde.

Abg. Astrup knüpft an die Ausführungen des Vorsitzenden an und betont, aus dem Schreiben der CDU-Fraktion ergebe sich lediglich der Wunsch, über einen bestimmten Sachverhalt informiert zu werden. Diesem Wunsch sei mit der Einladung zu der heutigen Sitzung entsprochen worden, und im übrigen entscheide die Landesregierung, wen sie entsende. Wenn es von vornherein die Absicht der CDU-Fraktion gewesen wäre, die Ministerpräsidentin in der heutigen Sitzung zu hören, hätte sie dies sicherlich beantragt. Offensichtlich sei der CDU-Fraktion aber lediglich an einer "Vorführung" der Ministerpräsidentin gelegen.

Abg. Stritzl erklärt, er teile nicht die Rechtsauffassung des Abg. Kubicki, daß die Wahrnehmung des Zitierrechts das Ende der heutigen Sitzung zur Folge hätte, da sich die Ministerpräsidentin nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung vertreten lassen könne. Die rechtliche Problematik könne jedoch dadurch umgangen werden, daß St Gärtner klären lasse, ob die Ministerpräsidentin bereit sei, in der heutigen Sitzung vor dem Ausschuß zu erscheinen.

Abg. Neugebauer führt aus, nach seinem Eindruck sei die CDU-Fraktion mehr an Fernsehaufnahmen als an Informationen interessiert. Was sich im Moment hier im Ausschuß abspiele, sei "eine Shownummer, wie es sie seit langer Zeit im Finanzausschuß nicht gegeben" habe. Die SPD-Fraktion sei an Informationen interessiert, und deshalb könne im Anschluß an den Bericht von St Gärtner entschieden werden, ob es erforderlich sei, auch noch die Ministerpräsidentin zu hören.

Abg. Heinold schließt sich der Haltung des Abg. Neugebauer an und legt dar, ihr sei durchaus das Instrument der Verfahrensdebatte bekannt, "um Mißtrauen zu schüren und alles mögliche andere zu erreichen".

Abg. Stritzl betont, daß auch die CDU-Fraktion ein Interesse an Informationen habe. Zur vollständigen und zeitnahen Information gehöre in diesem Fall aber die Anwesenheit der

Ministerpräsidentin. Deshalb bitte er erneut, klären zu lassen, ob die Ministerpräsidentin bereit sei, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Der Vorsitzende stellt heraus, daß nach den Gepflogenheiten an den Sitzungen des Finanzausschusses stets entweder der Finanzminister oder sein Staatssekretär teilnahmen. Aus der Anwesenheit von St Gärtner sei erstens zu folgern, daß er die Interessen der Staatskanzlei vor dem Ausschuß vertrete, und zweitens sei dies ein Beleg dafür, daß die Ministerpräsidentin an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sei. Abg. Astrup ergänzt, daß die Landesregierung - wie stets - vertreten und auch sprechfähig sei, und es sei nicht einzusehen, warum die Sachinformation hinter Fernsehaufnahmen und einem Vorführeffekt zurückstehen solle. Im übrigen würde er der Ministerpräsidentin vor dem Hintergrund des Antrages auf Zitierung empfehlen, unter Berufung auf die Geschäftsordnung eine Bekanntgabe dieses Verlangens "mindestens sieben Tage vor der Sitzung" mit einer entsprechenden Terminierung zu fordern.

Abg. Stritzl bittet erneut, klären zu lassen, ob die Ministerpräsidentin bereit sei, am heutigen Tage vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Vorsitzende äußert, St Gärtner habe wiederholt zu erkennen gegeben, daß Ministerpräsidentin Simonis nicht in der Lage sei, an der Sitzung teilzunehmen.

Abg. Steincke zeigt kein Verständnis dafür, daß Ministerpräsidentin Simonis das zur Diskussion stehende Thema einerseits für so wichtig halte, daß sie zu einer Pressekonferenz einlade, andererseits aber nicht bereit sei, dem Ausschuß für entsprechende Auskünfte zur Verfügung zu stehen.

Abg. Kubicki merkt an, daß die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag, die Ministerpräsidentin vor den Ausschuß zu zitieren, das Verfahren formalisiert habe. Darüber, wie in diesem Fall zu verfahren sei, gebe § 16 Abs. 5 der Geschäftsordnung detailliert Auskunft. Abg. Kubicki zitiert diese Bestimmung und regt an, zunächst formal über den Antrag abzustimmen und anschließend die Ministerpräsidentin um Mitteilung darüber zu bitten, ob sie sich in der heutigen Sitzung von St Gärtner vertreten lassen wolle oder ob sie Wert darauf lege, in der folgenden Sitzung "in mindestens sieben Tagen" selbst vor dem Ausschuß zu erscheinen.

Abg. Stritzl erklärt, er nehme zur Kenntnis, daß die Ministerpräsidentin nicht bereit sei, an der heutigen Ausschußsitzung teilzunehmen, und bittet, die Sitzung für eine fraktionsinterne Beratung über das weitere Verfahren kurz zu unterbrechen.

(Unterbrechung: 13:50 Uhr bis 13:55 Uhr)

Abg. Stritzl äußert, die CDU-Fraktion nehme mit Bedauern zur Kenntnis, daß sich die Landesregierung hinter der Geschäftsordnung zu verschanzen beabsichtige. Aus der Sicht der CDU-Fraktion sei es nicht in Ordnung, vor der Presse zu der Thematik Stellung zu nehmen, vor dem Ausschuß aber nicht zu erscheinen. Im Interesse der Sachaufklärung ziehe er aber den Antrag, die Ministerpräsidentin vor den Ausschuß zu zitieren, zurück.

Abg. Astrup legt Wert auf die Feststellung, daß die Ministerpräsidentin selbstverständlich erschienen wäre, wenn sie zu dieser Sitzung eingeladen wäre. Umgekehrt sei es aber die selbstverständlichste Sache der Welt, daß Ministerpräsidentin Simonis vor der Presse zu Anwürfen des Abg. Stritzl Stellung nehme.

* * *

Unter Ausschuß der Öffentlichkeit - Artikel 17 Abs. 3 Satz 4 LV in Verbindung mit § 17 Abs. 1 Satz 4 GO - wird über den Antrag des Vorsitzenden diskutiert, das Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln (nichtöffentlicher Teil der 33. Sitzung, Seiten 8 bis 26).

* * *

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der 33. Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

33. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)
am Donnerstag, dem 15. Mai 1997, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Claus Hopp (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Weitere Anwesende

Einzigiger Punkt der Tagesordnung:

**Veräußerung des Wohnungsbestandes des Preussag-Konzerns in
Kiel-Gaarden und der seinerzeitige Verkauf von Landes-anteilen
am Grundkapital der HDW an die Preussag AG**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet den nichtöffentlichen Teil der 33. Sitzung um 14:00 Uhr.

Die Sitzung wird gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 der Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages nichtöffentlich durchgeführt.

Die Einsichtnahme in diese Niederschrift ist gem. § 5 Abs. 2 der Richtlinien für die Arbeit und die Benutzung der Informations- und Dokumentationseinrichtungen (I+D-Einrichtungen) im Wissenschaftlichen Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtages nur den Abgeordneten, den Mitarbeitern der Fraktionen, Bediensteten der Landtagsverwaltung, Mitgliedern der Landesregierung und deren Beauftragten und Mitgliedern des Landesrechnungshofes gestattet.

Anderen Personen kann bei Nachweis eines besonderen Interesses und nach Abschluß der parlamentarischen Beratungen Einsicht gewährt werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Landtagspräsident.

Ansprechpartner ist in diesen Fällen der I+D-Dienst:

Herr Hater	Tel. 1107
Herr Fenske	Tel. 1106
Frau Allers	Tel. 1108
Frau Winschel	Tel. 1105
Frau Engsbro	Tel. 1109